

Freiheit und Verantwortung

Rede an Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft“, 18.10.2013, Kultur- und Kongresshaus Aarau.

(es gilt das gesprochene Wort)

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung an das Jubiläum der Stiftung für Freiheit und Verantwortung, und gratuliere Ihnen, dass Sie seinerzeit diese Stiftung gegründet haben, und dass Sie immer noch durchhalten. Denn Ihr Einsatz für Freiheit ist nicht leicht, weil einerseits die Freiheit selbst nicht leicht zu erreichen, auszuhalten und zu verteidigen ist, andererseits weil im gegenwärtigen politischen Diskurs die Idee der Freiheit einen schweren Stand hat. Die Konkurrenten der Freiheit, die Gleichheit und die Sicherheit, sind heute populärer.

Dazu kommt, dass es heute so scheint, als seien alle irgendwie selbstverständlich liberal. Wer in den Medien als Politiker gut ankommen will, gibt sich liberal. Meistens mit einem Beiwort vor- oder nachher, also sozialliberal, liberalsozial, liberalkonservativ, grünliberal, und selbst die Freisinnige Partei, die eigentlich den schönsten Parteinamen hat, den man sich denken könnte, sah sich gezwungen, sich in „die Freisinnigen Liberalen“ umzutaufen. Es gibt kaum Politiker mehr, die sich einfach sozialistisch, konservativ, oder freiheitlich nennen, ohne das Wort liberal. Selbst die meisten Medienvertreter kaschieren ihre Sympathie für den Sozialismus mit dem Allerweltsbegriff liberal. In der heutigen Zeit, wo auch in der Politik immer mehr postmoderne BegriffsOberflächlichkeit herrscht und immer weniger wirklich ernst gemeint ist, über den Tag und den Facebook Eintrag hinaus, da wird das Wort liberal, entkoppelt von jeder Gesinnungsverbindlichkeit, einverleibt in den Einheitsbrei des Mainstreams, der alles Unbequeme einebnet im träge dahin fliessenden Strom des durchschnittlich politisch Korrekten. Aber wo sich alle als liberal ausgeben, ist nur noch wenig wirklich freiheitlich.

Gerade deshalb ist der Auftrag der Stiftung für Freiheit und Verantwortung nach wie vor nötig, nötiger als eigentlich gut wäre. Ich möchte Ihnen in den kommenden Minuten etwas zur Idee der Freiheit in unserer Politik und in unserer Wirtschaftsordnung sagen. In beiden Bereichen ist erst die Ordnung gewordene Idee der Freiheit dafür verantwortlich, dass die Schweiz heute eine Gesellschaft bildet, in der wohl wie noch nie in der Geschichte der Menschheit so vielen Menschen einer Nation so lange Zeit Frieden und Wohlstand ermöglicht wurde. Am Schluss möchte

ich die These begründen, dass die freiheitliche Wirtschaftsordnung zu Unrecht verantwortlich für die Finanzkrisen gemacht wird, und eine zweite These vorstellen, die davon träumt, dass Freiheit darin bestehen könnte, dass man von der Politik einfach in Ruhe gelassen werden müsste.

Zur Freiheit in der Politik

Auch wenn wir Schweizer historisch den Begriff „Freiheit“ sehr stark mit der Geschichte unseres Staats schon seit 1291 verbinden, korrekt ist das nicht. Die Freiheitsidee, die unseren Staat prägt, ist jünger, ein Kind der Aufklärung, konkret ausgestaltet in den Gründungsjahren der Vereinigten Staaten.

Im 19. Jahrhundert wurde aus diesen Ideen der Mythos 1291, dank Schiller. Wenn wir die schwörenden Eidgenossen direkt mit unserer Freiheitsidee verbinden, schauen wir eigentlich aus dem 21. Jahrhundert mit einer Brille des 19. Jahrhunderts auf das 13. Jahrhundert, und drücken das mit Worten des 18. Jahrhunderts aus.

Die Gründungsgeschichte der Vereinigten Staaten zeigt eindrücklich, wie man einen Staat aufbaut, der auf dem Naturrecht der Freiheit basiert. Mich fasziniert an dieser Gründungsgeschichte die ungeheure geistige Kraft, wie man einen Staat konstituieren will, der auf den Naturrechten aufbaut. Der Staat überlässt die Macht der Menschen über andere Menschen nicht mehr der Willkür von Herrschern. Er minimiert die Macht institutionell auf das Grundlegende und Allernötigste.

Der dritte Präsident Thomas Jefferson, ein Konservativer, der wesentliche Autor der Unabhängigkeitserklärung, schreibt dort hinein: zu den unveräußerlichen Grundrechten gehören „life, liberty, and the pursuit of happiness.“

Ganz bewusst schreibt er nicht bloss „happiness“. Denn es ist nicht Staatsaufgabe, das Glück vorzuschreiben und bereitzustellen, sondern nur das Recht und die Möglichkeit, nach Glück zu streben.

Was unter happiness verstanden wird, bleibt in der Eigenverantwortung des Individuums. Das ist echt freiheitlich. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle auf die Jagd gehen können und dürfen, aber er hat nicht zu befehlen, wonach sie jagen sollen, wenn sie das Glück suchen. Jefferson war gleichzeitig auch der geistige Konstrukteur des Föderalismus. Für ihn sollten die Vereinigten Staaten ein möglichst loser Staatenbund bleiben. Seine Doktrin der Nullifikation gibt Staaten sogar das Recht, Gesetze der Zentralgewalt, die ihnen schädlich scheinen, nicht anzuwenden.

Als vom Finanzausgleich geplagter Zuger für mich eine bemerkenswerte Idee, Bundesgesetze nullifizieren zu können.

Sie wissen es selbst: die Bildung des Schweizerischen Bundesstaats 1848 lehnt sich in vielen Dingen an diese Gedanken der Gründungsgeschichte der USA an. Und wenn wir uns überlegen, wie wir die Zukunft des Schweizerischen Bundesstaats gestalten sollten, sind die Leute, die damals einen freiheitlichen föderativen Staat diesseits und jenseits des Atlantiks konzipierten, nicht die schlechtesten Ratgeber.

Die Schweiz hat es in ihrer Gründungszeit verstanden, ähnlich wie die USA, einen Bundesstaat einzurichten, der institutionell dafür sorgt, dass die Freiheit der Menschen maximiert werden kann. Wie meine ich das?

Die Instrumente der direkten Demokratie geben dem Souverän die Möglichkeiten, die Macht von Parlament und Regierung massiv zu beschränken. Der Föderalismus bricht die Macht der Zentralregierung. Die Subsidiarität verlagert die grösstmögliche Zahl an Entscheidungen auf die tiefstmögliche Ebene. Die Regierungen sind konkordant zusammengesetzt, mit allen grösseren politischen Kräften. Die Parlamentsmehrheiten entscheiden wechselnd von Fall zu Fall als Opposition oder Regierung. Der Bundesrat kennt keinen Regierungschef, sondern nur einen jährlich wechselnden Sitzungsmoderator mit bloss repräsentativer Autorität.

All diese Konstruktionen dienen dem Grundgedanken, der den Schweizerischen Bundesstaat prägt, nach dem Vorbild der USA: *Die Macht von Menschen über andere Menschen auf das absolute Minimum zu reduzieren, die Willkür zu verunmöglichen.* Und dadurch, gerade dadurch, *die Freiheit der Menschen auf das mögliche Maximum zu erhöhen.* Die Schweiz ist – aus meiner Sicht – *ein Bundesstaat, der institutionell eine Freiheitsmaximierungs- und Machtminimierungsveranstaltung* darstellt, wie sie einmalig ist unter den real existierenden Staaten.

Diese Freiheit ist bedroht, weil immer unbequem war und jetzt selbstverständlich geworden ist. Unbequem, weil Freiheit Eigenverantwortung verlangt, Risikobereitschaft, unternehmerisches Denken. Freiheit bringt Unsicherheit, Wagnis. Das ist nicht unbedingt bequem. Selbstverständlich ist sie geworden, weil wir immer weniger merken, dass die Schaffung und Erhaltung der Freiheit anstrengend ist.

Freiheit ist bedroht durch Gegen-Bewegungen: den Etatismus und die political correctness. Bis weit in bürgerliche Kreise traut man es dem Staat eher zu als den eigenverantwortlichen Menschen, politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Mit Gesetzen, mit Steuergeldern, mit Abhängigkeiten vom Staat. Die political correctness ist subtiler: entstanden gerade auch in den freiheitlichen USA, um Minderheiten zu schützen, ist daraus ein Diskurs-, Sprach- und teilweise Denkverbot geworden, das nicht demokratisch kontrolliert wird, sondern von Medien, Main stream, Moden, Zeitgeist bestimmt wird, ohne dass man genau zuweisen kann, wer die Verantwortung dafür trägt.

Aber wer historische und ethische Debatten an Kommissionen delegiert, die dann ex cathedra das richtige Geschichts- oder Menschenbild bestimmen wollen, der ersetzt den freiheitlichen Diskurs durch willkürlich bestimmte Denkgebote, das heisst auch Denkverbote. In diesem Sinne müssten die Bürgerlichen wieder Mehrheiten schaffen, die liberale Lösungen den etatistischen konsequent gegenüber stellen. Die Politiker müssten auch den Mut haben, für gewisse Probleme und Befindlichkeiten nicht zuständig zu sein, und deren Lösung den eigenverantwortlichen Menschen zu überlassen. Das erfordert Kraft. Denn heutzutage wird man als Politiker gemessen an der Zahl der Aktionen, die man unternimmt, und nicht an der Zahl der Gesetze, die man verhindert hat, weil sie die Freiheit einschränken und die Eigenverantwortung schwächen.

Es braucht Mut, auch bei Zuständen, wo Menschen ihre Freiheit nicht richtig gebrauchen, ihnen und allen andern die Freiheit nicht zu nehmen mit neuen Gesetzen und Einschränkungen, sondern sie auf ihre Eigenverantwortung zu verpflichten. Einfach gesagt: wer es als ein Gebot der Freiheit erachtet, den Menschen nicht vorzuschreiben, wie viel und wo sie rauchen oder trinken sollen, muss diesen Menschen aber auch die Eigenverantwortung lassen, die medizinischen Folgen ihres Tuns selbst zu finanzieren.

Eigenverantwortung ganz radikal zu Ende gedacht bedeutet aber auch, dass ein Autofahrer, der mit 200km/h sich in den Rollstuhl fährt, diesen und die lebenslangen Kosten aber auch selbst übernehmen müsste. Ich gebe zu, ich vereinfache und provoziere, und habe anfangs gesagt, dass radikale Freiheit nicht einfach ist, und schon gar nicht bequem.

Freiheit in der Wirtschaft

Kommen wir zum zweiten Punkt, der Freiheit in der Wirtschaft, ohne die kein Wohlstand für möglichst viele möglich ist. Gerhard Schwarz wird nachher sicher noch auf die philosophischen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung eingehen. Aus

meiner Sicht beleuchte ich das Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung eines Unternehmers und eines Managers. Das ist ein Unterschied.

Beide sind darauf angewiesen, möglichst freie Entscheide treffen zu können, die sich nach dem Wohl des Unternehmens, und – horribile dictu – nach dem Gewinn eines Unternehmens richten sollen. Es ist heute ja Standard, Gewinnstreben als Profitmaximierung zu diffamieren. Immer wenn mir jemand sagt, er arbeite Gott sei Dank für ein nicht gewinnorientiertes Unternehmen, dann frage ich zurück, ob er denn für ein verlustorientiertes Unternehmen arbeite. Die Gewinnorientierung zu verneinen, heisst nur, die wahren Kosten dem Steuerzahler oder andern Dritten zu überwälzen.

Freiheit ist die unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften. Die Verantwortung der unabdingbare Zwilling. Für einen Unternehmer ist die Verantwortung praktisch immer – wenn er ein guter Unternehmer ist – mitgedacht. Denn er spürt die Folgen seiner Entscheide direkt, und steht dafür mit eigenem Geld gerade. Für einen Manager wäre die Verantwortung noch wichtiger, gerade weil er die Folgen nicht direkt zu spüren bekommt. Es ist Aufgabe der Politik, hier den Rahmen so zu gestalten, dass die Freiheit nicht privatisiert und die Verantwortung sozialisiert wird. Aber gerade die Politik ist da nicht unbedingt die richtige Instanz, denn die politische Verantwortung, zumal von Parlamentariern, ist noch viel diffuser als die von Managern. Mit andern Worten: die ethischen Anforderungen an die Selbstverantwortung müssten bei Managern und Politikern noch viel höher sein, als bei Unternehmern, weil bei letzteren die wirtschaftlichen Folgen ein starkes Korrektiv sind.

3. Zwei Thesen

Ich komme zum letzten Punkt, zu zwei Thesen, über die man nachher ja auch diskutieren und mir widersprechen kann, wie bei allem, was ich sage. Für irgendetwas sind ja Apéros auch noch gut und nützlich.

3.1. Die Freiheit ist in Verruf gekommen, zu Unrecht, und hat es schwer, sich gegen die Gleichheit durchzusetzen.

3.3. Freiheit ist eine christliche, konservative Idee, und es wäre schon viel erreicht für die Freiheit, wenn Politik und Staat uns einfach nur schon mal in Ruhe liessen.

3.1. Die Freiheit ist in Verruf gekommen. Die Altlinken 68er und heutigen Linken haben nach den 90er Jahren, als der Sieg der Freiheit über den Sozialismus evident war, im Gefolge der Finanzkrisen wieder Anlass gefunden, Kapitalismuskritik zu betreiben, den Neoliberalismus als Feind Nummer Eins zu brandmarken, und Reagan und Thatcher wieder wie in den 80ern für alles Übel in der Welt verantwortlich zu machen. Dieser Triumph sei den Linken gegönnt, auch wenn er auf falschen Voraussetzungen beruht. Denn wer aus den Finanzkrisen folgert, die freie und soziale Marktwirtschaft habe versagt, liegt meines Erachtens falsch.

Es war der Staat in den USA, die Politik, die den Immobilienmarkt zum Instrument von Sozial- und Eigentumspolitik machte, und möglichst vielen möglichst günstiges Wohneigentum zukommen lassen wollte, zu welchem Preis auch immer. Dieser massive Markteingriff führte zu der Immobilienkrise. Diese massive falsche staatliche Intervention brachte den Finanzmärkten erst die Möglichkeit, dafür Finanzmodelle und Instrumente zu kreieren. Kritik an der Gier von Bankern und Finanzleuten ist zwar populär, aber keine Analyse. In einem funktionierenden freien Markt werden der Gier Grenzen gesetzt durch das Risiko, durch den Markt. Wenn der Staat das Risiko angeblich aus dem Markt nehmen will, muss er sich nicht wundern, wenn der Markt versagt. Im Gegenteil, auch die Reparatur der Finanzkrise, zumal in Europa, wiederholt wieder die Fehler, dass der Freiheit und der Verantwortung das Heft aus der Hand genommen wird, indem die Staaten einfach Geld drucken.

3.2. Freiheit ist eine christliche, konservative Idee, und es wäre schon viel erreicht für die Freiheit, wenn Politik und Staat uns einfach nur schon mal in Ruhe liessen.

Anstatt diese These ausführlich zu begründen, möchte ich einen der letzten deutschen Freiheitlichen zitieren, den 2012 verstorbenen Roland Baader. Einer seiner bekanntesten Texte ist der „Traum eines Mittelständlers“. Dieser Text zeigt, dass die Freiheitsidee eine christliche ist, eine konservative auch, und ich mich deshalb überhaupt berufen fühlte, überhaupt zum Thema Freiheit zu sprechen. Baader zeigt auch, woran heutige Politik krankt, wenn es um die Freiheit geht. Deshalb im Folgenden und zum Abschluss sein „Traum eines Mittelständlers“:

„Ich träume von einem vollbesetzten Bundestag. Plötzlich erhebt sich einer der Abgeordneten, allen andern als aufrechtes Mannsbild bekannt, und tritt ans Mikrophon. Lange schaut er schweigend ins Hohe Haus, bis Stille eingetreten ist. Dann sagt er: ‚Meine Damen und Herren. Ich bin ein glühender Anhänger des

demokratischen Rechtsstaats. Ich bekenne mich zur freiheitlichen, individualistischen und christlichen Kultur, Tradition und Zivilisation des Abendlandes und der freien westlichen Welt. Und genau aus diesem ernstesten Grund sage ich allen hier versammelten Volksvertretern, allen Parteien, Politikern und Regierungsmitgliedern: ich brauche Eure Subventionen und Transferzahlungen nicht; ich will nicht Euer Kinder- Mutterschafts- und Sterbegeld, nicht eure tausend Almosen und milden Gaben, die ihr mir vorher aus der Tasche gezogen habt und mir und meinen Kindern noch in fünfzig Jahren aus der Tasche ziehen werdet. Ich brauche keine subventionierte Butter, kein Quoten Rindfleisch und keine preisgarantierte Milch, keine EU genormten Planwirtschafts-Erbsen und keine ministergelisteten Medikamente; ich brauche keinen Schwerbeschädigten Ausweis für meine Plattfüsse und keinen Almosen-Freibetrag für meine pflegebedürftige Grossmutter; auch keine Kilometerpauschale und keinen Kantinen Essensbon über einen Euro dreissig. All Eure Wahlfangpfenninge und –scheine könnt ihr euch an den Hut stecken.

Aber: lasst mich dafür auch in Frieden. Ich bin nicht euer Buchhalter, Statistiker und Belegsammler, der die Hälfte seiner Lebenszeit damit zubringt, eure Schnüffelbürokratie zu befriedigen, der von einem Paragraphenknäuel zum andern taumelt und sich wie eine gehetzte Ratte durch alle Kanalwindungen eurer kranken Steuergetürme windet.

Schickt euer Millionenheer von parasitären Umverteilern nach Hause, eure Vor- und Nachdenker moderner Wegelagerei und Strauchdiebekunst, Eure Bataillone von Steuerfilz-Produzenten, Labyrinth Pfadfindern und Paragraphen Desperados, eure Funktionsbrigaden von Verordnungs-Guerilleros und Stempelfuchsern, all die nutzlosen Formularzähler und Arbeitsverhinderungsfürsten.

Lasst mich einen festen, eindeutigen und ein für allemal fixierten Steuersatz zahlen und bezahlt damit eine angemessene Verteidigungsarmee und ein verlässliches Rechnungswesen, aber haltet euch ansonsten heraus aus meinem Leben. Dies ist mein Leben, ich habe nur eines, und dieses eine soll mir gehören. Ich bin niemandes Sklave, niemandes Kriecher und niemandes Liebediener.

Ich bin ein freier Mann, der für sein Schicksal selbst und allein verantwortlich ist, der sich in die Gemeinschaft einfügt, und die Rechte anderer genauso respektiert wie er seinen eigenen Pflichten nachkommt, der aber keine selbsternannten Ammen und scheinheilige gute Onkels, keine ausbeuterischen Wohltäter und von mir bezahlte Paradiesverkünder braucht.

Was ich brauche sind: Freunde, Familie und rechtschaffene Christenmenschen, in guten und in schlechten Zeiten, und ich bin Freund, Familienmitglied und Christ, auch dann, wenn es anderen schlecht geht; aber dazu brauche ich keine Funktionäre und Schmarotzer, keine bezahlten Schergen und staatsversorgten Wohltäter. Dazu brauche ich nur die mir Nahestehenden und den Herrgott.“

In seinem Traum lässt er offen, ob das Parlament applaudiert. Ich fürchte nein. Aber ich finde, er trifft einen wesentlichen Punkt der Freiheit eines Christenmenschen: das Recht, von der Politik in Ruhe gelassen zu werden, und die Pflicht der Politik, die Menschen in ihrem Leben, in ihrem Wirtschaften, in ihrem Denken und Fühlen und Handeln, einfach möglichst in Ruhe zu lassen, und damit eben möglichst und wahrhaftig und wirklich: frei. Der Applaus für solches Denken ist meistens gering, und Baader sagt nicht zufällig, diese Rede sei ein Traum, also unrealistisch.

Aber, zum Schluss jetzt doch noch etwas Zuversicht: Sie werden sehen: die Idee der Freiheit ist immer stärker als jede andere Idee, nur feiert sie nicht immer die lautesten Siege. Denn sie setzt sich auch im Verborgenen durch. Es fällt nicht jedes Jahr eine Berliner Mauer. Aber alle Mauern bröckeln täglich ab. Die Freiheit triumphiert nie. Aber ihre Gegner sterben aus.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP ZG